

## Objekte politischer Fürsorge oder gleichberechtigte Akteure? – Zur politischen Partizipation junger Menschen mit Migrationshintergrund

Thilo Scholle<sup>1</sup>

### Auf einen Blick

Die Volksparteien haben die Bedeutung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund für die künftige Politikgestaltung noch nicht ausreichend erkannt. Sie sehen sie als Objekte politischer Fürsorge und ihre Programmatik wird der Lebensrealität dieser Jugendlichen nicht gerecht. Die Parteien sollten verstärkt die Verbände von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in die Arbeit einbeziehen. In politischen Gremien und Ämtern sollte der Anteil junger Menschen mit Migrationshintergrund erhöht werden.

In den öffentlichen Diskussionen tauchen junge Menschen mit Migrationshintergrund noch immer eher in Verbindung mit tatsächlichen oder vermeintlichen Defiziten wie geringerer Bildung oder höherer Kriminalitätsbelastung und weniger mit ihren Stärken und Erfolgen auf. Ihre im Alltag erfahrenen Benachteiligungen und Diskriminierungen werden dagegen kaum thematisiert. Bei vielen jungen Menschen mit Migrationshintergrund besteht daher der Eindruck, mit ihren Wünschen und Anforderungen durch die etablierten politischen Parteien nicht ernst genommen zu werden. Verstärkt wird diese Wahrnehmung dadurch, dass die Parteien in den Reihen ihres politischen Personals nur wenige Menschen mit Migrationshintergrund vorweisen können.

### Zur Lage in den Volksparteien

Die schwindende Bindungskraft der Volksparteien ist in den letzten Jahren oft festgestellt worden. Neben dem Verlust an Wählerstimmen gelingt es zunehmend weniger, Menschen für eine Parteimitgliedschaft bzw. für die Mitarbeit in den Parteien zu interessieren. Dies gilt besonders in Bezug auf Menschen mit Migrationshintergrund. Angesichts des Trends,

dass die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund in den kommenden Jahren auf bis zu einem Viertel der Gesamtbevölkerung steigen wird, wird deutlich, welche große Bedeutung die Einbeziehung gerade dieser Gruppen in die parteipolitische Arbeit auch für die Zukunft der Parteien als Volkspartei haben wird.

Zwar sind in den letzten Jahren verstärkt Menschen mit Migrationshintergrund in die etablierten Parteien eingetreten – einige von ihnen haben auch erfolgreich für politische Ämter kandidiert. Dies gilt jedoch vor allem für die Ebene lokaler Parlamente oder Parteigremien. Auf Bundesebene sind sie nach wie vor kaum in herausragenden Positionen anzutreffen.

Auch haben sich in einigen Parteien Zusammenschlüsse von Mitgliedern mit Migrationshintergrund gebildet – meist entlang bestimmter ethnischer Herkunftslinien. Jedoch ist nicht einfach zu beurteilen, welche Rolle diese Zusammenschlüsse politisch tatsächlich spielen oder spielen könnten. Zum einen ist die Organisation entlang ethnischer Herkunftslinien zunächst nachvollziehbar, da sie auf ähnlichen Migrationserfahrungen und eventuell auch politischen Sozialisierungen beruht. Zum anderen ist eine solche Organisation aber problematisch, da sie zu einer Konkurrenz unterschiedlicher Migrantengruppen führen kann und auch die Debatte um Integration in gewisser Weise „re-ethnisiert“. Problematisch wird es zudem, wenn politische Konfliktlinien des Herkunftslandes in die jeweilige Partei getragen werden. Diese Organisationsform birgt zudem die Gefahr des innerparteilichen machtpolitischen Ausspielens unterschiedlicher Gruppen gegeneinander.

### Defizite in der Parteiprogrammatik

Bei der Integrationsthematik handelt es sich um eine gesamtgesellschaftliche Frage und Herausforderung. Nimmt man die Programmatik der Parteien als Gradmesser für ihren Zugriff auf die Integrationspolitik, so ist die Bilanz mäßig: Die Realität von Deutschland als Einwanderungsland scheint noch nicht in ihrer gesamten Komplexität angekommen zu sein. Zwar wird das Thema „Integration“ mittlerweile aufgenommen, je nach politischer Ausrichtung der Partei findet es sich

zumeist aber vor allem im Zusammenhang mit sicherheits- und innenpolitischen Fragen oder im Feld der Sozial- und Bildungspolitik.

Beide Zugriffe sind jedoch im Ergebnis unzureichend: Die Behandlung von Integrationsfragen im Bereich der Innen- und Sicherheitspolitik suggeriert einen thematischen Zusammenhang, der so nicht besteht. Dagegen lässt die Fokussierung von Integrationspolitik im Bildungsbereich die Situation von Migrantinnen und Migranten in weiteren gesellschaftlichen Sektoren, wie z. B. dem Kultur- oder Medienbereich, in der Gesundheitspolitik oder in der Stadtplanung außer Acht. Es entsteht zudem durch dieses eindimensionale Verständnis der Thematik eine reine Defizitperspektive, die Menschen mit Migrationshintergrund vor allem als „bildungsferne“ Zielgruppe konstituiert, und damit Gefahr läuft, die Integrationsthematik auf ein „Unterschichtenproblem“ zu reduzieren. Die offensichtliche Realität von bildungserfolgreichen jungen Menschen mit Migrationshintergrund in der Berufsausbildung, im Studium oder im Beruf wird dagegen kaum thematisiert.

Zugleich finden sich Diskriminierungserfahrungen im politischen Diskurs kaum wieder. Unabhängig von der Frage, ob sich jemand persönlich diskriminiert fühlt – dies kann aufgrund des Wohnorts und sozialen Status unterschiedlich wahrgenommen werden – sind die statistischen Belege für Diskriminierung sehr eindrücklich, wie beispielsweise in einer Studie von Ursula Beicht und Mona Granato gezeigt wurde:<sup>2</sup> Demnach haben junge Menschen mit Migrationshintergrund auch bei gleichen Schulabschlüssen und Schulnoten bis zu 20% geringere Chancen auf einen Ausbildungsplatz. Diese Entwicklung lässt sich auch bei Hochschulabsolventinnen und Absolventen beobachten. Eine Folge der arbeitsmarktlichen Diskriminierung trotz vergleichbarer Abschlüsse ist die zunehmende „Rückkehr“ von in Deutschland geborenen und aufgewachsenen Menschen nach ihrem Ausbildungs- oder Studienabschluss in die Türkei. Entgegen der öffentlichen Diskussion geht es also nicht ausschließlich um Defizite wie mangelnde Schulabschlüsse oder ein zu geringes Interesse an der beruflichen Ausbildung bei den Migrantinnen und Migranten selbst.

Gerade in Wählerkämpfen entsteht jedoch immer wieder der Eindruck, dass die Parteien zu meist noch ein Bild von Menschen mit Migrationshintergrund vor Augen haben, das dem Klischee des kaum Deutsch sprechenden „Gastarbeiters“ der ersten Generation sehr nahe kommt. Die Ansprache im Wahlkampf beschränkt sich auf das Vorhalten mehrsprachiger Informationsmaterialien und im Falle von türkeistämmigen Wählergruppen eventuell noch auf einen Besuch in einer örtlichen Moschee. Angebote für hier aufgewachsene oder sozialisierte Menschen mit Migrationshintergrund finden sich kaum. Dies lässt aber die in den letzten Jahren zu beobachtenden vielfältigen Entwicklungen gerade in dieser Gruppe außer Acht.

### Zur Rolle von Verbänden junger Menschen mit Migrationshintergrund

Eine sehr spannende Entwicklung spielt sich auf dem Gebiet der „Verbände von Jugendlichen mit Migrationshintergrund“ ab. Das Feld der Verbände ist breit und bunt gefächert. Die Datenbank vom Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e.V. (IDA) nennt rund 270 Vereine, viele nur auf lokaler Ebene organisiert, manche auch auf Landes- oder Bundesebene.<sup>3</sup> Die noch bis in die 1980er Jahre mitgliederstarken Exil-Organisationen haben dabei weitgehend an Bedeutung verloren.

Zwar bilden sich die meisten der Vereine noch immer entlang von ethnischen, kulturellen, religiösen oder politischen Herkunftslinien, der Bezug zur Lage im Herkunftsland ist jedoch zunehmend weniger ausgeprägt: Dieses Spektrum reicht von Organisationen, die Auslandsableger von Verbänden im Ursprungsland bilden (wie die Türkisch-Islamische Anstalt der Religion, DITIB) über Organisationen, die in Deutschland gegründet wurden, aber auch noch einen starken Schwerpunkt auf die Lage im Herkunftsland legen (wie die Türkische Gemeinde in Deutschland, TGD), bis hin zu Organisationen, die in Deutschland gegründet wurden und den Schwerpunkt ihrer Arbeit auch hier sehen (wie der Bund der alevitischen Jugendlichen, BDAJ). Gerade der BDAJ ist in den letzten zwei Jahren stark gewachsen und mittlerweile auch Anschlussverband des

Deutschen Bundesjugendrings. Unter dem Dach der „DJO – Deutsche Jugend in Europa“ sammeln sich eine Reihe von Verbänden, wie der kurdische Jugendverband Komcivan, der eine der beiden Vorsitzenden der DJO stellt, oder der Assyrische Jugendverband, der für die DJO eine stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Bundesjugendrings stellt. Mit jun-Ost und anderen Verbänden finden sich in der DJO auch eine Reihe von Verbänden Jugendlicher mit osteuropäischem Hintergrund.

Sehr problematisch ist für viele dieser Verbände der geringe Grad der Professionalisierung ihrer eigenen Arbeit. Hauptamtliche Strukturen fehlen fast vollständig, die Fluktuation auch der ehrenamtlich Aktiven ist groß, so dass Organisationswissen immer wieder von neuem aufgebaut werden muss. Zusätzlich problematisch ist, dass die bundesdeutschen Jugendfördermaßnahmen ohne professionelle Unterstützung kaum zu bewältigen sind; hier beißt sich die Katze gewissermaßen in den Schwanz. Um in den Genuss von nachhaltiger Förderung zu kommen, wäre professionelles Know-how im Verein notwendig – dieses lässt sich aber nur durch finanzielle Förderung gewinnen.

Im Blickfeld der etablierten Politik sind diese Verbände jedoch bislang kaum angekommen. Sie werden weder besucht, noch groß als Bündnispartner begriffen. Dabei bietet gerade das Feld der Verbände von Jugendlichen mit Migrationshintergrund vielfältige Anschlussmöglichkeiten. Zwar gilt, dass die meisten Verbände auf ihre unmittelbare parteipolitische Ungebundenheit viel Wert legen – dies betrifft viele der etablierten „deutschen“ Jugendverbände jedoch genauso. Möglich erscheint hier jedoch die punktuelle und themenbezogene Zusammenarbeit. Zu beobachten ist zugleich, dass viele dieser Verbände ihre Ferne zur Politik als Defizit ansehen und ihre Mitglieder explizit ermutigen, Mitglied auch einer Partei oder einer politischen Jugendorganisation zu werden. Mitglieder von Verbänden Jugendlicher mit Migrationshintergrund könnten so als Multiplikatoren in zwei Richtungen wirken: Die Interessen ihres jeweiligen Verbandes in den politischen Raum tragen, zugleich aber auch innerhalb des Verbandes Anschluss an Diskussionen in der Politik herstellen.

## Schlussfolgerungen für die politische Ansprache

Eine authentische Ansprache von jungen Menschen mit Migrationshintergrund kann nicht gelingen, wenn diese sich lediglich auf die politik- und bildungsfernen Zielgruppen konzentriert. Davon zu sprechen, dass „Integration keine Einbahnstraße“ sei, wird spätestens dann unglaubwürdig, wenn die Mehrzahl der praktischen Handlungsansätze und Vorschläge sich ausschließlich auf Forderungen an die Migrantinnen und Migranten konzentrieren – gerade in Bezug auf die bildungserfolgreichen Gruppen von Menschen mit Migrationshintergrund geht dies an den Bedürfnissen vorbei. Nötig wäre hier im Sinne eines „Integrationsmainstreamings“ die umfassende Bearbeitung der Probleme, die Menschen mit Migrationshintergrund in verschiedenen Politikfeldern begegnen.

Das Interesse vieler junger Menschen mit Migrationshintergrund an politischen Zusammenhängen und politischer Arbeit ist groß. Was oft fehlt, ist ein konkreter Zugang zur politischen Arbeit der Parteien.

Zusammenschlüsse von Parteimitgliedern mit Migrationshintergrund – ob entlang ethnischer Linien oder nicht – können ein Beitrag dazu sein, die Interessen und die Wahrnehmbarkeit von Menschen mit Migrationshintergrund in den Parteien zu erhöhen, da sie den Interessen und Ansprüchen dieser Mitglieder eine sichtbare Plattform bieten und weitere Vernetzungen innerhalb der Parteien ermöglichen können.

Ein bislang von den Parteien und ihren Jugendorganisationen eher vernachlässigter Ansatzpunkt könnte vor allem die Zusammenarbeit mit Verbänden von Jugendlichen mit Migrationshintergrund sein. Politisches Interesse wie auch über die Verbandstätigkeit gewonnene erste Erfahrungen mit politischer Arbeit sind dort vorhanden. Zudem zeigt das Engagement in Verbän-

den gerade die Bereitschaft, die eigene Umgebung aktiv mitzugestalten. Die Verbände sind in der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland angekommen. Es muss für die Politik darum gehen, diesen Schritt nachzuvollziehen. Auch könnten sich die Verbände für die Parteien als Reservoir politischer Talente erweisen, denn die Mitarbeit und Sozialisation in Verbänden ist seit jeher eine gute Vorbereitung für die Übernahme politischer Funktionen und Ämter.

Es gilt daher, die Verbände bei ihrem Weg in die etablierte (mehrheits-)deutsche Jugendverbandslandschaft zu unterstützen und als gleichberechtigte Akteure auch im politischen Feld zu begreifen. Dies wird nur dann erfolgreich sein können, wenn die für die Jugendverbandsarbeit bereitgestellten finanziellen Mittel ausgeweitet werden, da es hier gerade nicht zu einem Auspielen von etablierten Jugendverbänden und Verbänden Jugendlicher mit Migrationshintergrund kommen darf.

Wenn Volksparteien ihren Status behalten wollen, kommen sie an einer stärkeren Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund nicht vorbei. Die Parteien müssen sich mit der Vielfalt an Lebensrealitäten und Bedürfnissen gerade von jungen Menschen mit Migrationshintergrund auseinander setzen und entsprechende politische Angebote entwickeln. Sie müssen erkennen, wie vielfältig die Palette möglicher Bündnispartner mittlerweile geworden ist. Dazu ist das Thema Integration von den Parteispitzen her personell wie auch inhaltlich sichtbarer zu machen. Auf diesem Wege könnten auch die örtlichen Ebenen dazu animiert werden, aktiver um Menschen mit Migrationshintergrund für eine Mitarbeit in den Parteien zu werben.

Das Ziel muss sein, Menschen mit Migrationshintergrund nicht mit ihren vermeintlichen Defiziten als Objekte von politischer Fürsorge, sondern als gleichberechtigte Akteure in der Politik anzusprechen.

- 1 Thilo Scholle, Jurist, Vorsitzender des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismearbeit (IDA) e.V.; Mitglied im Jusobundesvorstand, Mitglied im SPD-Bundesparteirat.
- 2 Vgl. Ursula Beicht/Mona Granato, „Übergänge in die berufliche Ausbildung – Geringere Chancen und schwierige Wege für junge Menschen mit Migrationshintergrund“, WISO Diskurs, herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung, 2009.
- 3 Vgl. Webseite IDA e.V., online; <http://www.idaev.de/service/vereine-junger-migranten/vereine-junger-migranten.html> (28.3.2010).